



Bremen / Berlin, 27. August 2026

Gestaltungsraum verteidigen: Für einen wehrhaften Berufsstand

Überparteilichkeit bedeutet nicht politische Gleichgültigkeit. Planen und Bauen sind durch ihre gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen Ausdruck einer politischen Verantwortung. Wenn der Bausektor seine demokratisch festgelegten Klimaziele immer wieder verfehlt, Wohnraum unbezahlbar wird, Infrastruktur verfällt, Städte überhitzen und Menschen von Mobilität und öffentlichen Räumen ausgeschlossen werden, schwindet das Vertrauen in die Basis unseres Zusammenlebens: unsere Demokratie. Die Gestaltung unserer gebauten Umwelt ist damit eine zentrale soziale, ökologische und demokratische Aufgabe.

Als Planer:innen und Architekt:innen tragen wir dazu bei, dass die gebaute Umwelt demokratische Teilhabe und eine lebenswerte Zukunft ermöglicht, anstatt gesellschaftliche Ungleichheiten räumlich zu verfestigen. Diese Verantwortung beginnt bei der Frage, welche Aufträge wir annehmen, welches Bild von Gesellschaft unsere Entwürfe räumlich verankern und wie wir mit dem Gebäudebestand und dem baukulturellen Erbe umgehen. Sie umfasst die Wahl der Materialien und deren soziale und ökologische Produktionsbedingungen entlang globaler Lieferketten ebenso wie unsere eigenen Arbeitsbedingungen.

Öffentliche Räume und Teilhabe sichern

Eine funktionierende, gemeinwohlorientierte und klimagerechte Infrastruktur bildet eine wesentliche Grundlage für das Vertrauen in die Demokratie. Eine demokratische gebaute Umwelt zeigt sich u.a. in zugänglichen und resilienten Grün- und Freiräumen, sicherer und bezahlbarer Mobilität und bezahlbarem Wohnraum. Sie schafft Orte, an denen alle Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter, Geschlecht, Behinderung, Religion oder sexueller Orientierung sicher und frei von Diskriminierung am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Öffentliche Räume müssen deshalb für alle gleichberechtigt zugänglich und nutzbar sein. Ihre Gestaltung und Verteilung darf nicht im Wesentlichen wirtschaftlichen Interessen oder gar politisch motivierten Vorgaben folgen. Sie muss unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen und Begegnung, Austausch und gesellschaftliche Aushandlung ermöglichen.

Mit der Bauwende Lebensgrundlagen schützen

Eine demokratische Gesellschaft trägt Verantwortung dafür, die natürlichen Lebensgrundlagen aller Menschen zu schützen – heute und für kommende Generationen. Die Klima- und Ressourcenkrise gefährdet diesen Anspruch und verschärft bestehende Ungleichheiten: Hitze, steigende Energiepreise, fehlende Grünräume und unzureichende Mobilitätsangebote treffen alle, aber insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen und Kinder.

Die Klimakrise und ihre Folgen sind keine Frage politischer Zugehörigkeit. Die wissenschaftlich belegte Realität der Ursachen der Klimakrise und die Notwendigkeit zu handeln, dürfen deshalb

nicht parteipolitischen Interessen oder ideologischen Grabenkämpfen untergeordnet werden. Für Planer:innen und Architekt:innen ergibt sich hieraus ein klarer Auftrag: Die gebaute Umwelt muss so weiterentwickelt werden, dass sie innerhalb der planetaren Grenzen für alle lebenswert bleibt und die Lebensgrundlagen kommender Generationen schützt. Dazu gehören neben dem grundlegenden Ziel des klimaneutralen Bausektors u.a. der Erhalt und die klimagerechte Anpassung des Gebäudebestands, der Ausbau erneuerbarer und bezahlbarer Energie, eine gerechte Verteilung des klimaangepassten, öffentlichen Raums sowie zugängliche soziale, kulturelle und technische Infrastrukturen. Unsere konkreten Vorschläge dazu haben wir in den [Forderungen von Architects for Future](#) formuliert.

Abriss stoppen, Bestand wertschätzen, vielfältige Geschichte bewahren

Den Bestand an Gebäuden und Infrastrukturen wertzuschätzen bedeutet, bereits Gebautes als grundlegende materielle, soziale und historische Ressource ernst zu nehmen und zukunftsgerecht weiterzuentwickeln. Nur ein vielfältiger und zugänglicher Bestand kann Teil einer verantwortungsvollen und lebendigen demokratischen Baukultur sein.

Debatten über Baukultur und Bestandsschutz dürfen wir deshalb nicht autoritären, ausgrenzenden oder rückwärtsgewandten Erzählungen überlassen. Denn auch die Frage, was als bewahrenswert gilt, ist politisch: Sie entscheidet über unsere Zukunft und darüber, welche Geschichten im öffentlichen Raum sichtbar bleiben. Baukultur darf nicht auf ein vermeintlich einheitliches historisches Stadtbild reduziert werden. Die Moderne, Nachkriegsarchitektur, Alltagsarchitektur, migrantisch geprägte Räume und Orte unbequemer Geschichte gehören zu unserem baukulturellen Erbe und einer lebendigen Demokratie. Bestandserhalt bedeutet deshalb nicht, ein idealisiertes Bild der Vergangenheit zu konservieren, sondern Geschichte anzuerkennen und Räume für eine vielfältige Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Demokratie in Planung und Berufspraxis leben

Demokratie ist kein Zustand, auf den wir uns verlassen können. Sie lebt davon, dass wir im Gespräch bleiben und Entscheidungen gemeinsam verantworten. Dafür braucht es Zeit und Räume für Aushandlung. Beteiligung sowie soziale und ökologische Standards dürfen nicht einer vermeintlichen Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren geopfert werden. Zugleich müssen Verfahren so gestaltet sein, dass Beteiligung zugänglich und wirksam ist, anstatt bestehende Machtverhältnisse zu bestätigen oder zu verstärken.

Dieser Anspruch richtet sich auch an unseren eigenen Berufsstand: Wer Teilhabe, Vielfalt und Kooperation fordert, muss Strukturen schaffen, die diese Werte ermöglichen: in Büros und Planungsteams ebenso wie in Vergabe-, Wettbewerbs- und Beteiligungsverfahren. Dazu gehören faire Arbeitsbedingungen, der Abbau diskriminierender und hierarchischer Strukturen, interdisziplinäre Zusammenarbeit auf Augenhöhe und die frühzeitige Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Perspektiven. Architects for Future lebt diesen Anspruch bereits heute.

Wir rufen dazu auf, diese Verantwortung anzunehmen: in der Wahl der Aufträge, in Entwürfen, in Arbeitsstrukturen und in der öffentlichen Debatte. Die Verteidigung demokratischer Gestaltungsräume beginnt in der täglichen Praxis.

Menschenwürde, Gleichberechtigung, demokratische Teilhabe und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind keine verhandelbaren Positionen. Sie bilden die Voraussetzung dafür, dass wir unserem gesellschaftlichen Auftrag und unserem Satzungszweck nachkommen können.